



Ulrich Lieberth jetzt als Leiter an der FüAk

Landkreis. (red) Forstdirektor Ulrich Lieberth erhält nach vielfältigsten beruflichen Stationen seine Wunschstelle an der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAk). Anfang Mai wurde Forstdirektor Ulrich Lieberth die Leitung der Abteilung Bildung an der FüAk übertragen. Er tritt damit die Nachfolge von Josef Wein an, der etwa 15 Jahre diese Funktion prägte.



Ulrich Lieberth.

Foto: Barbara Dielt

Ulrich Lieberth ist in Stadt und Landkreis kein Unbekannter: Fast sechs Jahre leitete er den Bereich Forsten am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Landshut. Nun kehrt der 57-jährige an die FüAk zurück, an der er zuvor schon über 13 Jahre als Trainer und Experte für Führungsangelegenheiten tätig war. Die Abteilung Bildung an der FüAk ist zuständig für die Ausbildung des Nachwuchses in der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung. Sie begleitet und unterstützt die rund 7000 Beschäftigten im Ressortbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten während ihrer ganzen Dienstzeit mit Fortbildungen zu fachlichen Themen, neuen Arbeitsmethoden und zur Persönlichkeitsentwicklung.

Der Start von Ulrich Lieberth als neuer Leiter war aber nicht einfach: Aufgrund der Corona-Pandemie musste er sein 26-köpfiges Team nahezu ausschließlich virtuell führen. Persönliche Gespräche von Angesicht zu Angesicht waren selten. Die Abteilung Bildung befindet sich aufgrund der aktuellen Corona-Krise im Umbruch. Geplante Präsenzseminare werden storniert, ausgesetzt und/oder verschoben. Stattdessen sind andere Schwerpunkte für die Bildungsarbeit wichtig geworden, wie etwa schnell alle Führungskräfte des gesamten Ressorts in „Führung aus der Ferne“ mit den digitalen Werkzeugen zu schulen. An Herausforderungen und breiter Aufgabenfülle wird es jetzt und auch künftig in der Bildungsabteilung sicher nicht mangeln.

„Jagd muss mehr Verantwortung übernehmen“

Bund Naturschutz und Waldbauernvereinigung zur Novellierung des Bundesjagdgesetzes

Landkreis. (red) „Der Wald braucht mehr Unterstützung durch die Jagd“, betonen die Waldbesitzervereinigung Landshut (WBV) und der Bund Naturschutz, Kreisgruppe Landshut (BN), in einer gemeinsamen Pressemitteilung zur anstehenden Novelle des Bundesjagdgesetzes: „Die Klimakrise setzt den Wäldern deutschlandweit massiv zu, auch im Landkreis Landshut kommt es zum Waldsterben 2.0.“

Wenn die alten Bäume und Wälder „oben“ absterben, sei es verheerend, wenn „unten“ nichts nachwächst oder nur ungeeignete Baumarten, so Kathy Mühlebach-Sturm, Vorsitzende der BN-Kreisgruppe. „Der Wald verträgt als Wild-Lebensraum nur eine begrenzte Menge an Rehen“, versichert WBV-Vorsitzender Ludwig Huber. Vielerorts gebe es aber noch zu viel Rehe, die die jungen Bäume verbeißen und deshalb im Bestand reduziert werden müssten.

Appell an Abgeordnete in Bundestag und Landtag

Waldbauern und Naturschützer appellieren an die Abgeordneten im Bundestag und im Landtag, sich dafür einzusetzen, dass die Jagd gerade in der Klimakrise mehr Verantwortung für die Waldverjüngung übernimmt. „Die guten Ansätze im Bayerischen Jagdgesetz beim Waldverjüngungsziel, bei den revierweisen Forstlichen Gutachten und bei der behördlichen Abschussplanung müssen bewahrt und weiterentwickelt werden.“ Der Mitte Juli vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte Gesetzentwurf werde dieser Verantwortung aber nicht gerecht und müsse deshalb nachgebessert werden, moniert Klaus Wiedmann, Fachbeirat für Wald und Wild der BN-Kreisgruppe und Mitglied des Jagdbeirats.

Waldverjüngungen sind notwendig

Durch die Klimakrise forciert wird auf riesigen Flächen eine Waldverjüngung notwendig sein. Beim Nationalen Waldgipfel wurden etwa 180000 Hektar als Schädflächen im Wald auf Bundesebene benannt. Mittlerweile haben sich die Flächen nochmals um etwa 50 Prozent erhöht. In diesen stark geschädigten Wäldern werde es in den nächsten Jahren zentral darum gehen, eine neue Waldgeneration auf riesigen Flächen auf den Weg zu bringen, die dem Klimawandel möglichst gut gewachsen ist, so BN und WBV.

Aber auch auf der übrigen Waldfläche muss in den labilen Kiefern- und Fichtenwäldern auf möglichst



Waldbauern und Naturschützer wollen eine Naturverjüngung der Weißtanne in den heimischen Wäldern

Foto: Ludwig Huber

großen Flächen eine Naturverjüngung, gegebenenfalls ergänzt durch Pflanzungen, auf den Weg gebracht werden, bevor die Wälder weiter absterben. „Gerade der Landkreis Landshut ist hier aufgrund der verbreiteten Fichtenwälder massiv betroffen“, stellt Ludwig Huber fest.

Baumarten werden am Aufwachsen gehindert

In vielen Waldgebieten Deutschlands und Bayerns gelingt es seit vielen Jahren nicht, dass eine naturnahe Waldverjüngung aufwachsen kann, weil überhöhte Wildbestände an Rehen, örtlich auch Hirsche und im Gebirge die Gamsen, dies verhindern. In Bayern werden nach den amtlichen Forstlichen Gutachten auf fast 50 Prozent der Waldfläche gerade die in der Klimakrise wichtigen Baumarten wie beispielsweise Eiche und Weißtanne von den genannten Schalenwildarten regelmäßig abgefressen und somit am Aufwachsen gehindert.

Deutschlandweite Bewertungen gehen von einem hohen dreistelligen Millionenbetrag des gesamten

Wildschadens für die Forstwirtschaft aus – pro Jahr. Dadurch werde Waldeigentum massiv geschädigt, informiert Huber. Gerade die Baumarten, die an Trockenheit und Hitze besser angepasst sind, wie die Eiche in den tieferen Lagen oder die Weißtanne im Gebirge und Mittelgebirgen, fielen bei zu hohem Verbiss oft völlig aus. Nach Meinung der Waldbauern und Naturschützer brauche es deshalb in einer Situation, in der viele Wälder um ihr Überleben kämpfen, Verbesserungen im Jagdrecht auf Bundesebene.

Drei zentrale Grundsätze neu verankern

Für die anstehende Novelle des Bundesjagdgesetzes fordern Bund Naturschutz und Waldbesitzer, drei zentrale Grundsätze neu zu verankern beziehungsweise zu verstärken. In dem Waldverjüngungsziel sei zu verankern, dass die Hege und Bejagung die Naturverjüngung, die Saat und die Anpflanzung aller standortheimischen und standortgemäßen Baumarten im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen er-

möglichen muss. Damit werde die gute Regelung aus dem Bayerischen Jagdgesetz aufgegriffen und an die Herausforderungen der Klimakrise angepasst.

Forstliche Aussagen für alle Jagdreviere einführen

Als entscheidende Grundlage für die Abschussfestlegung für Schalenwild müssen für alle Jagdreviere „Revierweise Forstliche Aussagen“ eingeführt werden, die durch hegegemeinschaftsweise Forstliche Gutachten ergänzt werden, so Ludwig Huber. Nach Meinung von Naturschützer Wiedmann soll an einer behördlichen Abschussplanung für Rehe wie bisher festgehalten werden, weil die Regulierung dieses Schalenwildes im Interesse des Gemeinwohls (Schutz der Artenvielfalt, Erhalt der Wälder und ihrer Schutzfunktionen) und der Waldbesitzer liegt. Behördlich festgelegte Mindestabschusspläne wären eine gute Möglichkeit. Gerade die kleinen Waldbesitzer in den Jagdgenossenschaften brauchen die fachliche Unterstützung durch die Forst- und Jagdbehörden bei der Abschussplanung auf Basis der forstlichen Gutachten.

„In klimastabile Wälder von Morgen investieren“

Mit den angekündigten Hilfsmitteln in Höhe von 800 Millionen Euro auf Bundesebene werden in erheblichem Umfang Steuermittel für die finanzielle Förderung von Pflanzmaßnahmen und Wildschutzmaßnahmen eingesetzt. „Hunderte von Millionen an Steuermitteln sollen kein Rehfutter, sondern zukunftsweisende Investitionen in klimastabile Wälder von Morgen werden“, so WBV-Vorsitzender Huber. Daraus ergibt sich eine zwingende Notwendigkeit für eine behördliche Abschussplanung für Schalenwild, das den privaten Interessen der Waldbesitzer und Jäger Rechnung trägt, aber auch das öffentliche Interesse entsprechend berücksichtigt. Nur in dauerhaft gut bejagten Revieren könnte auf die Abschussplanung verzichtet werden.

Daneben sollen, so die Waldbesitzer und Naturschützer, weitere wichtige Themen im Bundesjagdgesetz festgeschrieben werden, wie die Verkürzung der Pachtzeiten, die zeitweise Duldung überjagender Hunde bei Bewegungsjagden, die Synchronisierung der Jagdzeiten auf alles Schalenwild auch entsprechend aktueller klimatischer Entwicklungen, ein grundsätzliches Fütterungsverbot, die Flexibilisierung der Abschusspläne besonders beim Rehwild oder das Verbot von Bleimunition.

Kreative Nachwuchstänzer

Zwei Tanzworkshops begeisterten Jugendliche

Landkreis. (red) Bei gleich zwei Tanz-Workshops konnten die Jugendlichen aus Landshut und Umgebung diese Sommerferien ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Der Stadtjugendring hatte zusammen mit dem Kreisjugendring Landshut zum Tanz geladen.

Dem Aufruf folgten beim ersten Termin sechs junge Tänzer, beim zweiten Termin neun. Während den gut vier Stunden konnten die Teilnehmer zunächst bei einem kleinen Warm-Up ihre Grundkenntnisse beweisen und ihre Beweglichkeit zeigen, bevor es dann an das Erlernen des Tanzes ging. Dieser wurde vorher schon von den beiden pädagogischen Fachkräften und Tanz- und Akrobatik-Trainerinnen Stephanie Neupert und Tanja Schedlbauer choreografiert – zumindest der Refrain. Die Strophen durften die Jugendlichen nämlich

selbst gestalten. In Kleingruppen wurde dann experimentiert: Lieber Bewegungen mit den Chiffontüchern einbauen oder komplizierte Schrittfolgen ohne Hilfsmittel?

Modern, HipHop oder Ballett, hier konnten alle Tanzstile frei von den Jugendlichen eingebaut werden. Die Nachwuchstänzer schafften alle jeweils unterschiedliche Choreografien, die sich am Ende dann aber zu einem spannenden Gesamtwerk zusammensetzen ließen. Zum Abschluss wurde der ganze Tanz von knapp vier Minuten nochmal verinnerlicht und wiederholt getanzt.

Für die letzten Ferienwochen sind noch ein paar Plätze bei den vielen weiteren Aktionen des Stadt- und Kreisjugendring frei. Informationen und Anmeldung gibt es unter www.kjr-landshut.de und www.sjr-landshut.de.



Beweglichkeit bewiesen die jungen Tänzerinnen, die an einem der beiden Workshops teilnahmen. Foto: Stephanie Neupert